



ZWEI JAHRE SCHWARZ-GELB: KEIN ELAN, KEINE VISIONEN

Schwarz-Gelb in Hessen feierte Anfang Februar Zweijähriges – und wir müssen feststellen, dass aus dieser Beziehung nichts Fruchtbare hervorgeht. Die bisherige Amtszeit der Landesregierung sind zwei verlorene Jahre. Außer Skandalen, Selbstbeschäftigung und dem Rücktritt von Roland Koch ist von den ersten 24 Monaten Schwarz-Gelb wenig



Anscheinend keine konkreten Zukunftspläne

in Erinnerung geblieben. Egal ob in der Umwelt-, Bildungs-, Sozial- oder Wirtschaftspolitik – die Regierung handelt

ohne Elan und hat keine Vorstellung davon, wie sie Hessen gestalten will.

Im Koalitionsvertrag war noch die Rede von „Visionen für das kommende Jahrzehnt“. Heute wirkt Schwarz-Gelb ausgebrannt. Der Wechsel von Koch zu Bouffier hat keinen neuen Schwung in die Regierungsarbeit gebracht. Im Gegenteil: In wesentlichen Bereichen der Landespolitik steht die Arbeit still und Bouffier droht ein Mann des Übergangs zu werden.

KONZEPTLOS IN DIE ZUKUNFT

Die neue Umwelt- und Energieministerin Puttrich (CDU) hat kein Energiekonzept für Hessen und fungiert stattdessen in der Atompolitik als verlängerter Arm der Energiekonzerne. Sie unterstützt widerspruchslos die Verlängerung der Laufzeiten des Atomkraftwerks Biblis. In der Bildungspolitik hat Kultusminis-

AUS DEM INHALT

Sicheres Kinderspielzeug	S. 2
Metropolgesetz	S. 3
Länderfinanzausgleich	S. 4
Werraversalzung	S. 4
Krankenhausgesetz	S. 4
Hochschulfinanzierung	S. 5
Kinodigitalisierung	S. 6
Krankenhausgesetz	S. 6
Bildungspolitik	S. 7
Kloster Eberbach	S. 8

terin Henzler (FDP) ein mutloses Schulgesetz vorgelegt, ein Aufbruch findet nicht statt. Der dringend notwendige Ausbau von Ganztagschulen kommt nur im Schnecken tempo voran und die 105prozentige Lehrerversorgung liegt in weiter Ferne.

Fortsetzung S. 2

GRÜNES KONZEPT FÜR SELBSTÄNDIGE SCHULEN

Größtmögliche pädagogische und organisatorische Freiheiten schaffen

Seit Jahren sind sich die Experten einig: mehr Entscheidungsfreiheit für die einzelne Schule führt zu einem besseren Bildungssystem. Nur wer die Schülerinnen und Schüler kennt, kann gezielt auf ihre Bedürfnisse reagieren und sie gezielter fördern. Wir haben daher ein Konzept vorgelegt: „Hessens Weg zu selbständigen Schulen“. Wir wollen die Schulen von zentralistischen und bürokratischen Vorgaben der Kultusbürokratie befreien. Die Schulverwaltung muss neu ausgerichtet werden, um die einzelne Schule optimal in ihrer Arbeit zu unterstützen. Diese konkreten Maßnahmen schlagen wir vor:

Eigenes zusätzliches Budget – 105-Prozent Lehrerversorgung



Aus unserer Sicht kann der Weg zu mehr Selbständigkeit nur erfolgreich sein, wenn die Schulen dafür zusätzliche Mittel erhalten. Ein wirklicher pädagogischer Aufbruch kann nur gelingen, wenn die Schulen mit einem eigenen Budget Neues auf den Weg bringen können – Selbständige Schule darf nicht Mangelverwaltung bedeuten. Wir fordern

daher die Einführung der selbständigen Schule zeitgleich mit der versprochenen 105-prozentigen Lehrerversorgung auf den Weg zu bringen. Über die konkrete Verwendung des 5-prozentigen Überschusses und über einen Teil des bisherigen Budgets sollen die Schulen selbst die Kontrolle haben.

Budgets von Land und kommunalen Schulträger zusammenführen

Wir wollen die beiden Budgets zusammenführen, um das Hin und Her zwischen den verschiedenen Ebenen zu beenden.

Fortsetzung S. 3



Fortsetzung von S. 1



Tarek Al-Wazir

Sozialminister Grüttner verharnt in den Fußstapfen seiner Vorgänger, verweigert den Kommunen die versprochene Finanzierung für Erzieherinnen und Erzieher an Kindertagesstätten und bringt noch nicht einmal die dringend notwendige Hygiene-Verordnung für Krankenhäuser auf den Weg. Wirtschaftsminister Posch ist ein müder Abklatsch seines Amtsvorgängers Rhiel. Statt auf die Zukunftsbranchen zu setzen, investiert er weiterhin vor allem in Beton, wie in den unnötigen Ausbau des Flughafens Kassel-Calden oder den Weiterbau der Autobahnen 44 und 49. Einziger Lichtblick: Die Einigung der Regierungsfractionen mit der SPD-Fraktion und unserer GRÜNEN-Fraktion über die Verankerung einer Schuldenbremse in

der hessischen Verfassung. Allerdings sind wir nach wie vor die einzige Fraktion, die ein Konzeptpapier vorgelegt hat, wie das Ziel – keine Neuverschuldung mehr ab 2020 – erreicht werden kann. Wir werden die Regierung weiter antreiben etwas zu tun. Die Schuldenbremse kann nur Wirkung entfalten, wenn sie mit Leben gefüllt ist, CDU und FDP müssen jetzt sagen, wo sie Einsparpotenzial sehen, wo Gelder effektiver eingesetzt werden können und wo Mehreinnahmen in ihren Augen möglich sind. Wir stehen für einen Dialog bereit.

AUSSER SKANDALEN NICHTS GEWESEN

Wenn die Landesregierung in Erscheinung trat, dann mit Skandalen: So geschehen bei der rechtswidrigen Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Hier wird gemauschelt und vertuscht bis auf die höchste politische Ebene. Die Minister Rhein und Schäfer sind damit beschäf-

tigt, den Eindruck zu erwecken, eine neue Politik zu betreiben. Allerdings wird nicht nach Ursachen geforscht und eine echte Wende bleibt aus. Das zeigt sich insbesondere in den Untersuchungsausschüssen, wo die Koalitionsfraktionen versuchen, die Rechte des Parlaments zu beschneiden, um so Aufklärung und Aufarbeitung von Missständen zu verhindern.

MIT GRÜN GEHT'S BESSER

Die GRÜNE Fraktion wird an ihrer konsequenten Linie festhalten und sich auf die Inhalte konzentrieren. Das heißt die schwarz-gelbe Regierung und ihre Fraktionen wenn nötig kritisieren, aber immer auch konstruktive und konkrete Vorschläge machen. Denn eines ist klar: Mit unseren Konzepten für Hessen geht es einfach besser.

Fraktionsvorsitzender

BUNT ABER UNGESUND

Kinder besser vor belastetem Spielzeug schützen

Immer wieder wird bei billigem Spielzeug eine starke Schadstoffbelastung festgestellt. Das hat nicht zuletzt eine Untersuchung der Stiftung Warentest gezeigt: Nach dieser Studie waren



Die MdL's Angela Dorn und Sarah Sorge bei der Aktion auf dem Schlossplatz

von 50 Spielzeugen nur acht nicht mit Schadstoff belastet. Eine Kleine Anfrage von uns im Landtag hat ergeben, dass in den letzten vier Jahren 20 Prozent der eingegangenen Spielzeuge wegen ihrer Schadstoffkonzentration beanstandet wurden, kurz: zu viel Gift. Daher fordern wir den Schutz der Kinder zu ver-

bessern. Geeignete Maßnahmen sind eine verbindliche und deutliche Kennzeichnung, mit der Eltern auf einen Blick erkennen, ob Spielzeug giftfrei ist und die Gesundheit ihrer Kinder nicht beeinflusst. Außerdem fordern wir von Verbraucherministerin Puttrich (CDU), die Kontrollen von Spielzeug in Hessen zu erhöhen und die Öffentlichkeit schneller und umfassender über Rückrufaktionen zu informieren.

AKTION DER FRAKTION

In der Adventszeit war die GRÜNE Abgeordnete und Verbraucherschutzpolitische Sprecherin, Angela Dorn, auf dem Wiesbadener Weihnachtsmarkt und gab Hinweise, was man tun kann, um Kinder vor Gift im Spielzeug zu schützen. Wir empfehlen den Eltern, sich vor dem Kauf von Spielzeug auf den Internetseiten der Stiftung Warentest, Ökotest und der Verbraucherzentrale Hessen über

die Belastungen verschiedener Spielzeuge zu informieren. Außerdem sollte man beim Kauf auf gut bewertete Labels wie das GS-Zeichen oder das Spielgut-Siegel achten. Bei Plastikspielzeug ist es wichtig darauf zu schauen, dass sie kein PVC enthalten und auf Weichmacher (Phthalate) verzichtet wurde.



ERSTER GRÜNER ERFOLG

Wir können uns bei unseren Aktivitäten für giftfreies Spielzeug schon über einen ersten Erfolg freuen: Die hessische Verbraucherministerin Lucia Puttrich (CDU) hat unsere Initiative aufgenommen und setzt sich nun ebenfalls für die Verbesserung der EU-Spielzeugrichtlinie einsetzten.



Fortsetzung von S. 1

Wir schlagen vor, dass das vom Land zur Verfügung gestellte Schulbudget von den Schulen gemeinsam mit den Mitteln des kommunalen Schulträgers bewirtschaftet werden kann.

ANPASSUNG DER SCHULVERWALTUNGSSTRUKTUREN

Die selbständige Schule steht in unseren Vorschlägen künftig im Mittelpunkt. Die Schulgemeinde ist ausdrücklich aufgefördert, neue pädagogische und unterrichtsorganisatorische Wege zu gehen. Bei der Personalauswahl kann sie durch schulspezifische Ausschreibungen vom Ranglistenverfahren abweichen und so die für ihre jeweilige Situation passenden Kräfte beschäftigen. Die Entscheidungen über die Besetzung von Funktionsstellen inklusive der Mitglieder der Schulleitung – mit Ausnahme der Schulleiterin bzw. des Schulleiters – soll ausschließlich von der Schule getroffen werden. Die Schulleiter-Position soll im Einvernehmen zwischen dem Land und dem kommunalen Schulträger bestellt werden.

Die Staatlichen Schulämter sollen sich künftig auf die Aufgabe der Schulaufsicht im engeren Sinne und der Gewährleistung der Lehrerversorgung beschränken. Die weiteren bisherigen

Aufgaben der Staatlichen Schulämter sollten schrittweise an andere Akteure übergehen. Beispielsweise soll die regionale Lehrerfortbildung künftig vom Amt für Lehrerbildung und seinen Studienseminaren übernommen werden. Der schulpсихologische Dienst soll die Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit des kommunalen Schulträgers verstärken und somit Hilfe aus einer Hand gewährleisten sowie Doppelstrukturen vermeiden. Wir halten es für möglich, so die Zahl der Staatlichen Schulämter deutlich zu reduzieren.

STÄRKUNG DES KOMMUNALEN SCHULTRÄGERS

Gerade für die selbständige Schule, die Entwicklung von der Halbtags- zur Ganztagschule und die Einbettung der Schule in die kommunale Bildungslandschaft spielen die kommunalen Schulträger eine entscheidende Rolle. Sie sind es, die die Schule bei der Öffnung zu ihrem Lernumfeld in der Kommune am besten unterstützen können. In ihrer Verantwortung würden die Übergänge zwischen Kindertagesstätte, Schule, Ausbildungs- und Arbeitswelt und lebensbegleitendem Lernen organisiert. Die kommunalen Schulträger sollten daher künftig deutlich gestärkt werden. Gemeinsam mit den Schulen bekämen sie die Aufgabe, kommunale Bildungs-

landschaften zu gestalten. Um diese Aufgabe zu bewerkstelligen, sind zusätzliche Gelder vom Land für die Kommunen notwendig.

ENTBÜROKRATISIERUNGSPROGRAMM FÜR HESSENS SCHULEN

Das Kultusministerium soll alle Schulen um eine Rückmeldung bitten, welche derzeitigen Regelungen die Schulentwicklung erschweren und in welchen Bereichen sich die Schulen mehr pädagogische und organisatorische Freiheit wünschen. Über die Ergebnisse können die Ergebnisse einer solchen Bestandsaufnahme dann diskutiert werden. So können wir entscheiden, welche Regelungen ganz aufgehoben werden und in welchen Bereichen selbständigen Schulen das Abweichen von den Vorgaben erlaubt wird.

Wir haben konkrete, machbare Schritte aufgezeigt, wie Hessen sich auf den Weg zu selbständigen Schulen machen kann. Wir wollen mit unseren Vorschlägen wieder neuen Schwung in die Debatte um die selbständige Schule geben. Wir verstehen unser Konzeptpapier nicht als Ende sondern als Beginn einer Diskussion über den besten Weg für Hessens Schule zu mehr Selbständigkeit. Die Vorschläge, die die Landesregierung kurz nach uns vorgelegt haben, sind mutlos und in vielem unklar.

CDU UND FDP MACHEN DAS CHAOS PERFEKT

Erneut haben CDU und FDP einen Änderungsantrag zu ihrem eigenen Metropolgesetz FrankfurtRheinMain vorgelegt. Sie machen das Chaos damit perfekt. Ein mutloser Entwurf wird durch immer neue Änderungsanträge verschlimmbessert, und der Region wird abermals ein BärenDienst erwiesen.

BOUFFIER HAT SICH VERGALOPPIERT

Die Ursache für die überstürzten Änderungen von Schwarz-Gelb am eigenen Gesetzentwurf liegen wohl in den Äuße-

rungen von Ministerpräsident Bouffier beim Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt. Bouffier hat sich dort offensichtlich vergaloppiert und der Wirtschaft völlig entgegen jeder Systematik des Gesetzes drei beratende Sitze im künftigen Regionalvorstand versprochen. Schon am nächsten Tag hatten CDU und FDP davon gesprochen, diese Sitze seien sowohl für Vertreter der Wirtschaft als für solche der Sonderstatusstädte gedacht. Um jetzt irgendwie allen gerecht zu werden, wird die Zahl der beratenden Sitze

in letzter Sekunde wiederum völlig willkürlich von drei auf fünf erhöht.

KEINEN PLAN?

Diese Landesregierung hat keinerlei Plan, wohin sich der Ballungsraum FrankfurtRheinMain entwickeln soll. So laviert sie orientierungslos herum und kennt nur eine Devise: Die Region darf nie so stark verfasst sein, dass sie die Position der Landesregierung schwächt. Ein kleineres Karo ist kaum möglich.



LÄNDERFINANZAUSGLEICH: VIEL POPULISMUS

Landesregierung soll verhandeln und keine populistischen Reden schwingen

Im März 2010 haben wir gemeinsam mit CDU und FPD einen Antrag beschlossen, in dem wir fraktionsübergreifend feststellen, dass der Länderfinanzausgleich (LFA) dringend reformbedürftig ist. Wir haben beschlossen, dass es Verhandlungen mit den anderen Bundesländern geben soll und wenn diese erfolglos sind, soll spätestens bis zum Ende des Jahres Klage erhoben werden. Dazu stehen wir, aber CDU und FDP haben diesen Kurs verlassen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat ihren (selbst mit beschlossenen) Verhandlungsauftrag schleifen lassen um jetzt – als Wahlkampfhilfe für Baden-Württemberg – öffentlichkeitswirksam eine Klage gegen den LFA anzukündigen. Prozessieren statt reden: Verhandlungsergebnisse wurden nach wie vor keine präsentiert.

Bis zur lautstarken Wortmeldung der Landesregierungen von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen gab es lediglich informelle Sondierungen mit einigen Nehmerländern. Das zeigt, dass die Landesregierung nur innerhalb Hessens starke Töne anschlägt, wenn sie bestehende Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten des Länderfinanzausgleichs anprangert. Konstruktive Taten, die Hessens Position im Länderfinanzausgleich verbessern, fehlen.

LFA ALS EINFACHE AUSREDE FÜR ALLE PROBLEME

Dabei ist längst nicht ausgemacht, ob die Landesregierung wirklich so vehement gegen den LFA ist – immerhin muss er seit Jahren eine Ausrede für die hohe Verschuldung Hessens hinhalten: „Ohne den LFA wäre Hessen längst schuldenfrei“, behauptete der damalige Finanzminister Karl-Heinz Weimar (CDU) schon 2005. Heute erklärt die Landesregierung den Wählern die Welt noch plumper: Rheinland-Pfalz leistete sich „mit unserem Geld“ kostenlose Kindergartenplätze.

Das ist als Erklärung natürlich vollkommen unzureichend. Nicht der LFA ist schuld an dem strukturellen Defizit des hessischen Haushalts, sondern ganz allein die Landesregierung. Es wird nicht reichen, die Klage gegen den LFA als Konsolidierungsbeitrag zum Landes-

haushalt anzusehen und zu hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht das Land Hessen aus der Schuldenfalle raus pakt. Das muss die Landesregierung alleine tun. So wichtig und richtig es ist, die Fehlentwicklungen beim LFA anzugehen, so richtig ist es auch, der Tatsache in die Augen zu sehen, dass alleine Änderungen im LFA das hessische Verschuldungsproblem nicht lösen werden. Denn bei allen guten Gründen für die Klage: Ihr Ausgang ist ungewiss.

Außerdem fehlt der Landesregierung darüber hinaus ein klarer Kompass, wie sie den Länderfinanzausgleich umgestalten will. Die Einwohnerveredelung der Stadtstaaten und die großen Zuweisungen an Berlin zu kritisieren, reicht nicht aus. Schwarz-Gelb hat kein geschlossenes Konzept wie der Länderfinanzausgleich nach ihren Vorstellungen umgestaltet werden soll.

LÄNDERFINANZAUSGLEICH?

Mittels des so genannten Finanzausgleichs sollen in Deutschland finanzielle Mittel zwischen Bund und Ländern so verteilt werden, dass die Erfüllung der jeweiligen staatlichen Aufgaben ermöglicht und in allen Regionen Deutschlands ein vergleichbarer Standard erreicht wird. Dies wird in einem mehrstufigen komplexen System realisiert. Im engeren Sinne bezeichnet der Länderfinanzausgleich (LFA) den Ausgleich der Länder untereinander (Horizontaler Finanzausgleich).

Die Finanzkraft eines Landes wird im LFA mit der durchschnittlichen Finanzkraft aller Bundesländer verglichen und anschließend durch verschiedene Ausgleichsregelungen einander angenähert. Kritisiert wird hier insbesondere, neben der hohen Belastung des hessischen Haushalts, dass sowohl Geber- als auch Nehmerländer nur geringe Anreize haben ihre Steuereinnahmen zu erhöhen.

K+S OHNE KONZEPT FÜR ENDE DER WERRAVERSALZUNG

Der Vorstandsvorsitzende der K+S (Kalium und Salzproduzent), Norbert Steiner, ist vor den Mitgliedern des Umweltausschusses im Hessischen Landtag eine Antwort schuldig geblieben, wie das Unternehmen seine Salzabwässer künftig entsorgen will, wenn im November 2011 die Erlaubnis für das Versenken laugenhaltiger Abwässer ausläuft. Sowohl die Genehmigungsbehörden als auch die Experten am Runden Tisch haben darauf hingewiesen, dass eine

Verlängerung der Versenkerlaubnis nur noch für eine kurze Übergangszeit möglich sein wird. Dazu muss K+S in einem schlüssigen Gesamtkonzept darlegen, wie das Unternehmen die Belastungen aus der Kaliproduktion insgesamt reduzieren will. Spätestens 2015 muss wegen der Gefahren für das Grundwasser Schluss sein mit der Laugenversenkung. Weiteres Spielen auf Zeit verbietet sich gerade auch im Interesse der Arbeitsplätze von K+S. Es drängt sich aber der

Eindruck auf, das K+S Arbeitsplätze und Umweltschutz gegeneinander ausspielen will. Dieses Spiel darf die Landesregierung nicht mitspielen. Sie muss dem Unternehmen unmissverständlich klar machen, dass jetzt genehmigungsfähige Lösungen für die Entsorgung der salzhaltigen Abwässer vorgelegt werden müssen. Die Empfehlungen des Runden Tisches zur Lösung der Abwasserproblematik liegen seit einem Jahr vor und es ist an der Zeit, sie umzusetzen.



UNTERFINANZIERUNG DER HOCHSCHULEN

Landesregierung soll Kürzung des Hochschulpakts zurücknehmen

Die Zahl der Studierenden steigt und steigt. Und das ist eigentlich eine erfreuliche Nachricht – wäre da nicht die finanzielle Unterversorgung der Hochschulen. Die Betreuung von Studenten kostet Geld, und davon ist schon seit Jahren zu wenig vorhanden an den Hochschulen. Jetzt wird die Lage allerdings so richtig brenzlig. Die Landesregierung hat die Mittel des hessischen Hochschulpaktes



Über Geld muss neu verhandelt werden

gekürzt. Der Hochschulpakt ist der Vertrag, der die finanzielle Ausstattung der zwölf Universitäten im Land regelt. Die Studienplätze sind seit Jahren unter-

finanziert und jetzt werden die Hochschulen in einen ruinösen Wettbewerb geschickt, da zukünftig die gleich bleibenden Mittel stärker nach dem Aufwuchs der Studierendenzahlen verteilt werden. Dies wird zwangsläufig zu Qualitätsverschlechterungen führen. Wir GRÜNE unterstützen die Forderung der Hochschulen, die erpresste 30 Millionen Euro-Kürzung im Hochschulpakt zurückzunehmen und den Hochschulpakt neu und auf Augenhöhe zu verhandeln.

STUDIENRENDENZAHLEN WERDEN WEITER STEIGEN

Die Situation an den Hochschulen wird sich aufgrund der stark ansteigenden Studierendenzahlen wegen der doppelten Abiturjahrgänge und dem Aussetzen von Wehr- und Zivildienst weiter verschlechtern. Die Forderungen der Hoch-

schulen, die 30 Millionen Euro-Kürzung im aktuellen Hochschulpakt zurückzunehmen und die Warnungen vor Qualitätsverschlechterungen sind vollkommen berechtigt. Die Ministerin darf sich den Argumenten der Hochschulen nicht verschließen.

Wir fordern die Bildungspolitik von den Sparanstrengungen auszunehmen. Bessere Studienbedingungen und bessere Bedingungen für Forschung und Lehre müssen als Investitionen angesehen werden, die den Standort Hessen einen Wettbewerbsvorteil bringen kann. Wir müssen mit attraktiven Studienbedingungen um die klugen Köpfe werben und dürfen diese Ressourcen nicht dadurch verspielen, dass wir kurzfristig Haushaltslöcher stopfen.

GRÜNE LEHREN AUS DEM DIOXIN-SKANDAL

Wir GRÜNE sind enttäuscht über die Reaktion der Landesregierung auf den Dioxin-Skandal. Nach den vollmundigen Versprechen von Agrarministerin Puttrich im Dioxin-Skandal Handlungsstärke zu zeigen, hätte man erwarten dürfen, dass die Ministerin Stellung dazu bezieht, was sie nun konkret in Hessen unternehmen will. Wir haben einen Katalog mit zehn Maßnahmen vorgelegt, und zeigen, welche Konsequenzen man unserer Meinung nach aus dem Dioxin-Skandal ziehen muss.

Wir fordern, die Landwirtschaftspolitik in Folge des Dioxin-Skandals weitreichend umzubauen: Es sind die zunehmende Ausrichtung auf Massenproduktion und die undurchsichtigen Handelswege bei der Futtermittelherstellung, die es möglich gemacht haben, dass ein Hersteller tausende Höfe mit vergiftetem Futter beliefern konnte. Wir fordern daher eine umweltgerechte, bodengebunde-



Verbraucher haben auch Verantwortung

ne Landwirtschaft. Dieses Ziel erreichen wir am besten, wenn die Förderung umgestellt wird: Artgerechte Haltung und Fütterung mit überwiegend eigenem Futtermittel – das müssen in Zukunft die Kriterien für die Förderung von landwirtschaftlichen Investitionen sein. Hier liegt auch die Zukunft der konventionellen Landwirtschaft.

MEHR ÖKO

Unser Land kann eine Vorreiterrolle in der Umstellung zu einer ökologischen Landwirtschaft einnehmen. Wir haben

ein enormes Wachstumspotential auf dem Ökomarkt in Hessen. Aber mit Puttrichs Amtsantritt sind alle zaghafte Regungen in der Ökolandwirtschaft eingeschlafen. Hessen verpasst die Chance von der steigenden Nachfrage der Verbraucher zu profitieren.

VERANTWORTUNG DER VERBRAUCHER

Alle Kontrollen, alle Marktanreize und alle Informationskampagnen bringen nichts, wenn die Verbraucher keine Einsicht haben und nicht mitziehen. Jedem muss klar sein: Wenn das Kilo Putenfleisch weniger kostet als ein Kilo Vogelfutter, dann ist etwas faul im System. Und für diesen Preis kann man nicht erwarten, dass das Fleisch umweltverträglich und artgerecht produziert wurde. Hier ist die Politik gefordert Aufklärung zu leisten.



DIGITALISIERUNG DER KINOS

Programmkinos brauchen dringend Unterstützung!

Programmkinos müssen bei der Umrüstung von analoger auf digitale Vorführtechnik dringend unterstützt werden. Da ist jetzt die zuständige Ministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) gefragt, denn die Bundesregierung hat bereits im letzten Jahr ein Förderprogramm aufgelegt, um in den Ländern kleine Kinos bei der Digitalisierung zu unterstützen. Voraussetzung für die Bundesfinanzierung sind aber eigene Landesmittel. Die Ministerin ist deshalb gefordert, endlich eigene Gelder zur Verfügung zu stellen, damit die Bundesmittel nicht verfallen. Langfristig ist die Umstellung aller Kinos auf digitale Technik unvermeidbar, weil es bald nur noch Filme im digitalen Format geben wird. Die Investitionskosten zwischen 10.000 und 75.000 Euro pro



Nicht die Situation in Hessen, aber...

Leinwand sind aber für kleine Kinos zu hoch, um sie allein stemmen zu können. Hessens Kinolandschaft zeichnet sich durch engagierte Programmkinos, Filmkunsttheater und kommunale Kinos aus. Sie sind fester Bestandteil der kulturellen Infrastruktur und ein wichtiges Stück Lebensqualität. Im ländlichen Raum sind Kinos oftmals unverzichtbar für die kulturelle Grundversorgung.

HESSEN HINKT HINTERHER

Die meisten anderen Bundesländer haben deswegen inzwischen eigene Förderprogramme aufgelegt. Bayern beispielsweise fördert die Digitalisierung seit 2009 mit 1 Million Euro jährlich. Nur aus Hessen gibt es noch immer keine klare Förderungszusage.

Wenn es in Hessen zukünftig nicht nur Multiplexe geben soll, müssen die kleinen Kinos finanziell unterstützt werden, Frau Ministerin! Andernfalls droht das Aus für viele Kinos, insbesondere im ländlichen Raum. Wir haben deswegen einen entsprechenden Antrag eingebracht und werden das Thema auch weiterhin kritisch verfolgen.

KRANKENHAUSGESETZ

Schwarz-Gelb bleibt auf halbem Weg stehen

Wir sind enttäuscht von dem Krankenhausgesetz der Landesregierung. Die hessischen Krankenhäuser müssen schnell fit für die Zukunft gemacht werden – leider bleibt die Landesregierung auf halbem Wege stehen. Wir haben Änderungsvorschläge eingebracht, mit denen eine wirtschaftlich effizientere und qualitativ bessere Versorgung von



Einfach Pillen schlucken wird nicht reichen

Patienten in hessischen Krankenhäusern möglich gewesen wäre. Die Gesundheitswirtschaft ist heute ein globaler Markt, auf dem die großen Konzerne darauf warten, ganze Versorgungsketten aufzubauen. Die Chance, unsere kommunalen Krankenhäuser zu erhal-

ten, ist mit diesem Gesetz leider nicht gestiegen.

Mehr Selbstständigkeit in der Führung eines Hauses verlangt aber auch mehr Verbraucherschutz und Qualitätsvorgaben, die im Interesse der Patienten einzuhalten sind. Unser Vorschlag zu Qualitätsstandards bezog sich sowohl auf die Qualität der Strukturen als auch der Prozesse im Krankenhaus. Dazu gehören beispielsweise Personalstandards ebenso wie die seit langem überfällige Hygieneverordnung.

KEINE GUTE POSITION

Die Landesregierung ist hier nicht konsequent: ein bisschen mehr Selbstständigkeit, ein bisschen mehr Qualität – für eine gute Ausgangsposition im Wettbewerb wird das leider nicht reichen. Kommunale Krankenhäuser sind für uns eine wesentliche Stütze der kommunalen Daseinsvorsorge. Wir begrüßen die Erleichterung von Vernetzungen der Krankenhäuser. Wir fordern aber die

Landesregierung auch auf, sich auf Bundesebene endlich für eine Änderung des Kartellrechts einzusetzen, das derzeit kommunale Krankenhäuser gegenüber privaten Klinik-Ketten benachteiligt. Wir haben in Nordhessen gesehen, dass so kommunale Krankenhäuser in ihrer Existenz gefährdet werden und regionale Versorgung in Gefahr geraten kann.

Wir begrüßen, dass die Landesregierung der von uns seit langem geforderten Idee von Gesundheitskonferenzen, die zum Ziel haben, die Krankenversorgung am Patienten orientiert zu planen und umzusetzen, gefolgt ist. Die heutige Trennung von kommunalen Angeboten, ambulanter Versorgung, Krankenhaus und Rehabilitation ist ineffizient und für eine gute Patientenversorgung überholt. Hier alle an einen Tisch zu bekommen wird eine große politische Herausforderung sein. Die regionale Koordination von verschiedenen Angeboten muss aber auch stattfinden.



NEUJAHRSEMPFANG DER LANDTAGSFRAKTION

Traditionell haben wir auch in diesem Jahr zum Neujahrsempfang in den Hessischen Landtag eingeladen. Neben unserem Ehrengast, der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Bundestag, Re-

nate Künast, konnten wir so viele Gäste begrüßen wie noch nie.

Bei Speisen und Getränken hatten die unterschiedlichsten Gäste die Möglichkeit mal abseits vom Alltagsgeschäft ins

Gespräch zu kommen. Im Bild von links: Renate Künast bei ihrer Rede, der volle Kuppelsaal mit stimmungsvoller grüner Beleuchtung und der Gastgeber Tarek Al-Wazir.



BILDUNGSPOLITIK IN HESSEN

Henzler verpasst Aufbruch für Hessens Schulen

Mit dem Hessischen Schulgesetz und dem Hessischen Lehrerbildungsgesetz befinden sich derzeit die zwei wichtigsten Gesetze für Hessens Schulen in der Überarbeitung. Die Novellierung beider Gesetze sollte für einen Aufbruch an Hessens Schulen genutzt werden. Allerdings enttäuschen die beiden Gesetzentwürfe der Landesregierung und werden den Herausforderungen des Bildungssystems nicht gerecht.

Die neuen Regelungen zur selbständigen Schule kann man nur als mutlos und in den entscheidenden Punkten unklar bezeichnen. Ohne weitgehende pädagogische Freiheiten und Vertrauen in die Verantwortlichen vor Ort ist die selbständige Schule nichts wert. Das zusätzliche Budget, über das die selbständigen Schulen entscheiden können, ist viel zu gering. Auch werden die Schulverwaltungsstrukturen nicht konsequent auf die selbständigen Schulen ausgerichtet. Die Ministerin will die selbständigen Schulen vorerst mit einer 101-prozentigen Lehrerversorgung abspeisen – das ist meilenweit von ihrem Versprechen der 105 Prozent entfernt. Der derzeitige Vorschlag der Landesregierung kann und darf nicht das letzte Wort sein.

NEUE SCHULE STATT MITTELSTUFENSCHULE

Ein gemeinsames Türschild für Haupt- und Realschulen hat das Wort Reform nicht verdient. Henzlers Konzept der ‚Mittelstufenschule‘ ist völlig unzureichend, es reicht nicht aus, dass die Haupt- und Realschüler in den Jahrgangsstufen 5 bis 7 gemeinsam unterrichtet werden dürfen und dass es mehr berufsorientierende Elemente geben soll. Eine wirkliche Reform muss ein pädagogisches Konzept beinhalten, das den Bildungsabschluss für Schülerinnen und Schüler durch längeres gemeinsames Lernen möglichst lange offen lässt.

INKLUSION

Der Gesetzentwurf ist beim Thema Inklusion und gemeinsamer Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf vage und völlig unzureichend. Er kann ‚alles oder nichts‘ bedeuten. Wir wollen, dass die Inklusion von der Ausnahme zur Regel wird und werden uns entschieden gegen eine „graue Inklusion“ ohne genügend Ressourcen einsetzen. Uns ist bewusst, dass Inklusion ein Prozess sein wird und dass die Schu-

len zum Gelingen von Inklusion entsprechende Rahmenbedingungen und Mittel brauchen. Auch hierzu werden wir konkrete Änderungsvorschläge einbringen.

LEHRERBILDUNG

Die Vorschläge der Landesregierung zur Reform der Lehrerbildung sind schlicht „unzureichend“. Aus unserer Sicht muss sich an die Korrektur des Referendariats eine grundlegende Reform der Lehrerbildung anschließen. Wir schlagen u.a. ein Praxissemester im Grundstudium und die Einführung eines weiteren Praxissemesters im Hauptstudium vor. Die Reform der universitären Ausbildung der zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer darf nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden.

KEINE ANTWORTEN AUF DIE FRAGEN IM BILDUNGSSYSTEM

Insgesamt gibt das Konzept keine Antworten auf die großen Fragen des Bildungssystems. Wir fragen uns, warum Frau Henzler für die Vorlage dieses Gesetzes so lange gebraucht hat.



KLOSTER EBERBACH: ILLEGALE PARTEIENFINANZIERUNG?

Die Darstellung der Landesregierung wird immer unglaubwürdiger

Die Darstellung der Landesregierung, von dem Versuch der illegalen CDU-Parteienfinanzierung über Kloster Eberbach nichts gewusst zu haben wird immer unglaubwürdiger. Die FAZ Sonntagszeitung hatte in einer Ausgabe berichtet, dass die den Wahlkampf der CDU Rheinland-Pfalz betreffenden Rechnungen nahezu beliebig zwischen Partei, Fraktion und eben auch der Stiftung Kloster Eberbach hin und hergeschoben wurden. In der Betreff-Zeile einer Email zwischen zwei der beteiligten Firmen stünde dem Bericht zu folge sogar ganz



Dunkle Keller - dunkle Kanäle?

DER FALL KLOSTER EBERBACH?

Im Dezember 2010 wird gemeldet, dass der wegen Untreue entlassene frühere Geschäftsführer der Stiftung Kloster Eberbach, Markus Hebgen, nicht nur in die eigene Tasche Geld veruntreut hat. Zudem soll er in 2008 mit etwa 40 000 Euro aus der Stiftungskasse des Klosters, Rechnungen der rheinland-pfälzischen CDU beglichen haben. Laut Mainzer Staatsanwaltschaft besteht der Verdacht der illegalen Umwegfinanzierung.

offen „Kloster Eberbach/CDU“. Offenbar war allen Beteiligten klar, dass hier der CDU-Wahlkampf über Umwege finanziert werden sollte. Nur die hessische Landesregierung, unter deren Aufsicht die Stiftung Kloster Eberbach steht, will von all dem nichts gewusst haben?

KEINER KOMMT AUF DIE IDEE FRAGEN ZU STELLEN?

Diese Darstellung ist auch mit Blick auf ein Gespräch zwischen der Stiftung und der CDU Rheinland-Pfalz aus dem September 2008 höchst zweifelhaft. Man muss sich das mal vorstellen: Alle Beteiligten sitzen beisammen. Sie stellen fest, dass exakt die gleiche Firma für

die CDU und für das Kloster gearbeitet hat. Sie wissen, dass die Firma versucht, ausstehende Forderungen einzutreiben und dass es fingierte Rechnungen dieser Firma gibt. Die Landesregierung ist von diesem Gespräch informiert und weiß auch mittlerweile von dem dubiosen Geschäftsgebahren von Herrn H. Und keiner in der Landesregierung kommt auf die Idee, die entscheidenden Fragen zu stellen oder die Zusammenhänge zu sehen? Das ist doch alles sehr unglaubwürdig.

KURZ NOTIERT

AGRARPOLITIK

Eine Neuausrichtung der hessischen Landwirtschaftspolitik muss nach unserer Auffassung auf die Tagesordnung. Hintergrund ist die geplante stärkere Ökologisierung der EU-Agrarpolitik und die damit verbundene Umstellung der Finanzierung. Wenn Landwirtschaftsministerin Puttrich die richtigen Konsequenzen zieht, können die hessischen Landwirte, die in der Regel keine intensive Bewirtschaftung betreiben, von einer „grüneren“, Neuausrichtung der hessischen Agrarpolitik profitieren. Leider steht Frau Puttrich hier bisher auf der Bremse. Wir sehen uns in dieser Haltung auch durch den großen Zuspruch bei unserer Veranstaltung „EU-Agrarreform und ihre Auswirkungen auf Hessen“ mit rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern bestätigt.

HAUSÄRZTLICHE VERSORGUNG

Anlässlich einer durchgeführten Veranstaltung mit dem Titel „Hausärztliche Versorgung & Pflegeberufe Hand in Hand“ wollen wir noch einmal auf unser Konzept „Ge-

sundheit im ländlichen Raum“ hinweisen. Die Veranstaltung mit Experten im Hessischen Landtag hat noch einmal bestätigt, dass die Ärztliche Versorgung angesichts des demografischen Wandel, insbesondere im ländlichen Raum ein großes Problem darstellt.

In diesem Bereich muss jetzt auch endlich die Landesregierung aktiver werden, wir haben mit unserem Konzept und dem Erfahrungsaustausch bereits vorarbeiten geleistet, die wir gerne in einen Diskussionsprozess einbringen.

BILDUNGSGÄRTEN

Die Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung in Hessen stagniert u. a. wegen des Streits der CDU/FDP-Regierungskoalition um die umstrittene Einführung eines verbindlichen Schulvorbereitungsjahres in Kindertagesstätten. Die Grundlage der möglichen Verbesserung, der Bildungs- und Erziehungsplan (BEP), wird von allen im Landtag vertretenen Fraktionen unterstützt. Aber es fehlen immer noch verbindliche Rahmenvereinbarungen und Zielvorgaben durch die Landesregierung. Wir haben ein

Konzept zu diesem Komplex erarbeitet und im Januar auch eine Veranstaltung durchgeführt.

Unter der Überschrift „Kindergärten zu Bildungsgärten – Gute Bildung für alle Kleinen – Wie weiter mit dem Bildungs- und Erziehungsplan?“ haben wir gemeinsam mit Experten die bisherige Arbeit von CDU und FDP unter die Lupe genommen und unsere Alternativen diskutiert. Dabei ist noch einmal deutlich geworden, wie unterschiedlich die Perspektiven sind, aber auch dass weiterhin Handlungsbedarf besteht. Unsere Vorschläge liegen jedenfalls auf dem Tisch.

IMPRESSUM

Herausgeberin

Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582

V.i.S.d.P.

Mathias Wagner - Parl. Geschäftsführer

Redaktion & Layout: Till Haupt

Fotos: Eigene, pixelio.de

Druck: März 2011